

An die Fraktionen der Bezirksversammlung Altona
An die Bezirksamtsleitung Altona
An die Leitungen des SDZs Altona und der Wohngeldstelle
An die Sozialbehörde Hamburg
Presse-Verteiler

Offener Brief zur Situation der Wohngeldstelle in Altona

07.12.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns an Sie als Beratungseinrichtungen, die im Bezirk Altona tätig sind. Die hohen Lebenshaltungskosten durch die Pandemie und Energiekrise sind in unserem Beratungsalltag tagtäglich Thema. Damit die von der Bundesregierung beschlossenen Entlastungen auch zügig bei den von Armut betroffenen Menschen ankommen, ist eine funktionierende Verwaltung in den Bezirken dringend erforderlich.

Wie im Sozialausschuss der Bezirksversammlung Altona erörtert wurde, ist die Situation in der Wohngeldstelle Altona nicht tragbar. Die aktuelle Stellenbesetzung mit einem Vollzeitäquivalent von 3,75 entspricht in keiner Weise dem erforderlichen Personalbedarf. Wir sehen die Bemühungen der verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Antragsflut zu bearbeiten und bei besonders eiligen Fällen auch zu helfen.

Der aktuelle Zustand, dass Anträge nicht persönlich abgegeben und auf Vollständigkeit überprüft werden können, ist unhaltbar. Fehlende Eingangsbestätigungen führen bei unseren Ratsuchenden zu hoher Verunsicherung und auch zu weiteren Nachteilen, wenn z.B. das Jobcenter den Nachweis der Antragsstellung verlangt. Dies kann keine Dauerlösung sein. Mit der kommenden Wohngeldreform 2023 ist eine weitere Überlastung der Wohngeldstelle zu befürchten.

Wir fordern daher:

- Sicherzustellen, dass bedürftige Menschen im Leistungsbezug bei den Jobcentern und Sozialämtern keine Ablehnungen/Leistungseinstellungen mit dem Hinweis auf die Vorrangigkeit von Wohngeld erhalten. Bei der Bewilligung sollte (wie auch heute schon) dann zwischen den Behörden ein Erstattungsanspruch geltend gemacht werden.
- Sicherzustellen, dass die Wohngeldstelle telefonisch und persönlich zu erreichen ist, v.a. auch zur persönlichen Abgabe von Unterlagen.
- Sicherzustellen, dass umgehend nach Antragsstellung eine Bestätigung über den Eingang des Antrags zugeht.
- Sicherzustellen, dass auch wieder Probeberechnungen zu den Öffnungszeiten des SDZ vor Ort durchgeführt werden können.
- Eine den Bedarfen angemessene Personalbemessung zur Entlastung der Wohngeldstelle und die kurzfristige Beseitigung der bestehenden Vakanzen.

Wir verweisen daher auf den Koalitionsvertrag von Rot-Grün 2020: *„Soziale und kulturelle Teilhabe aller Menschen ist ein wesentlicher Aspekt unserer Sozialpolitik. Unser Sozialstaat bietet viele Rechte und Ansprüche auf Unterstützung. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Ansprüche den Berechtigten besser bekannt, einfacher beantragt und auch tatsächlich wahrgenommen werden.“*

Unsere Aufgabe als Beratungseinrichtungen ist es, die Berechtigten dabei zu unterstützen. Wir sind

jedoch nicht in der Lage, strukturelle Fehlplanungen und Unterfinanzierungen auszugleichen. Hier ist die Politik gefragt.

Die Stadt Hamburg und der Bezirk Altona sind jetzt aufgefordert zu handeln! Dafür ist eine „Kommunikationsstrategie“ nicht ausreichend – sondern alleine eine ausreichende personelle Ausstattung!

Wir möchten Sie daher einladen, zeitnah mit uns ins Gespräch zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen



Beratungsstelle Altona



rat&info für junge menschen
basis & woge e.V. in Kooperation mit der MOTTE



Ämterlotsen + Schuldnerberatung



IBiS & stark



Sozialberatung



Beratungsstelle für Frauen, Familien und Schwangere



Integrationszentrum Altona

Kontakt:

██████████ – Beratungsstelle Altona – Ambulante Hilfe Hamburg e.V. - ██████████
██████████ – Ämterlotsen – Diakonie Hamburg – ██████████